

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenvornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wily. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 216

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: freibleibend.

Halver

Freitag, den 2. November 1923

Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl.
Anzeigenpreis pro mm 40 Mt. Anzeigen für Behörden, Finanz-
angelegenheiten und auswärtige Anzeigen 60 Mt.; Retikolen 100 Mt.
— Schlüsselzahl z. St. 24 000 000. —
Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung veröffentlicht umfangreiche Pläne zur Verminderung des Beamten- und Angestelltenapparates.

* In Sachsen ist ein neues rein sozialdemokratisches Ministerium unter der Präsidentschaft des Abg. Tschickel gebildet worden.

* Der bayerische Ministerrat hält daran fest, daß ein Rücktritt des Landeskommandanten v. Lossow untragbar wäre.

* England erhob in Paris und Brüssel Protest gegen die Begünstigung der Separatistenpläne im Rheinland.

* In Sofia wurde der frühere Minister Genabiew ermordet.

* Amerika soll den Vorsitz in der Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Leistungsfähigkeit Deutschlands führen.

Über Goldpreis!

Zu der gegenwärtig so scharf hervortretenden Erscheinung, daß die Preise für alle notwendigen Gebrauchsgüter weit über den Gold- oder Friedensstand von 1914 hinausgeraten, wird uns von sachverständiger Seite geschrieben:

Wir sind beim Bilanzziehen. Und langsam dämmert es den großen Massen auf, welche Widerwärtigkeiten, welche Überforderungen teils bewußter, teils unbewußter Art, welche wirtschaftlichen Unmöglichkeiten bei uns seit vier Jahren Gang und Gebe gewesen sind. Unmöglichkeiten, Überforderungen und Unmöglichkeiten, die aber als solche nicht erkannt wurden, weil der dicke Milliarden- und Billionenschleier vor unseren Augen hing.

Auf der einen Seite erkennt man jetzt, wie wenig, in Gold umgerechnet, der Beamte ebenso wie die große Masse der Arbeiter verdient haben, werden deutlich die enormen privatwirtschaftlichen Verluste, die von allen denen erlitten wurden, die bisher immer noch an der Papiermarktschätzung festhielten. Wer wußte beispielsweise, daß im Mai dieses Jahres das Reiches oberster Beamter, der Reichskanzler, ein Einkommen von sage und schreibe 150 Goldmark gehabt hat. Wenn jetzt die auf Papiermark abgelesenen Löhne und Gehälter in Goldanleihe scheitern oder Dollarschulden anweisen, ausgezahlt werden, so wird deutlich, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger oft nur einen kleinen Bruchteil ihres Friedens Einkommens noch haben.

Auf der andern Seite sind die Kosten der Lebensmittel, und zwar der zum Leben absolut notwendigen, weit über das Friedensniveau vielfach hinausgeklommen. Das fängt beim Brot an und hört noch lange nicht beim Fleisch auf. In Berlin wurde am Montag das Brot mit 10 Milliarden verkauft, was nach dem Dollarstand eine Summe von rund 67 Goldpfennigen ausmacht, also 30 % mehr, als der Friedenspreis (höchstens 50 Pf.) betrug. Und das Fleisch wurde mit durchschnittlich 50 Milliarden das Pfund verkauft, d. h. für etwa 3 Goldmark, während es im Frieden 80 Pfennige kostete. Auf der einen Seite also eine unglaublich tiefe Herabdrückung des Einkommens, auf der andern Seite ein Heraufschmelzen weit über den Friedenspreis hinaus.

Ist es darum erstaunlich, daß die Massen hungern, daß überall Revolten ausbrechen, Vandalenplünderungen an der Tagesordnung sind! Der Preis im Wirtschaftsleben regelt sich jetzt fast durchgehend — abgesehen von der Wohnungswirtschaft — nach Angebot und Nachfrage. Die Nachfrage, wenigstens die gewollte, ist unendlich groß, aber das Angebot ist außerordentlich klein. Schwierigkeiten der Überleitung jener Rohprodukte zum Ort der Nachfrage, die durch die nicht funktionierende Währung verursacht sind, und deshalb die Einschaltung eines ungeheuer großen Währungsrisikos in die Preisfeststellung verursachen, um ein für allemal. Es gilt also vor allem, innerhalb der Volkswirtschaft das Angebot zu vergrößern, also die Produktion zu vergrößern, um dadurch auf die Preise zu drücken. Jede Produktionsminderung, ganz gleichgültig auf welchem Gebiete, die erfolgt, wirkt preissteigernd. Es ist beispielsweise unerträglich, daß unsere Kohlenproduktion einen Tiefstand wie nie zuvor erreicht hat, und wir infolgedessen genötigt sind, in großen Massen ausländische Kohle zu kaufen und dafür Devisen zu verbrauchen, die wir für andere Gegenstände, beispielsweise für den Ankauf von Lebensmitteln, und damit zur Erhöhung des Angebots auf dem Lebensmittelmarkt, also damit wieder zur Herabdrückung des Preises, gebrauchen könnten.

Preisdrückend wird vielleicht nicht sofort, aber in absehbarer Zeit zweifellos auch das Schwinden der Kaufkraft wirken. Das Kapital bedarf des Umlages und die Zurückhaltung der Waren hat überall seine Grenze. Kapital, das keinen Ertrag abwirft, wird auf die Dauer in der Wirtschaft nicht gebildet, verzehrt sich selbst. Außerdem fehlt hier eine Pflicht des Staates ein, die sich aber in einer Nachprüfung der Preise keineswegs erschöpft. Auch nicht in einer Währungsreform, also der Beseitigung aller Hemmnisse auf dem Wege zwischen Produzenten und Konsumenten, sondern das wichtigste dabei ist eine Wirtschaftspolitik, die produktionsanreizend und -fördernd ist, damit die beiden Wagchalen, Angebot und Nachfrage wieder ausbalanciert werden.

In dem gegenwärtigen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aber erwacht dem Unternehmer die sittliche Pflicht, dem Arbeitnehmer den ihm wirtschaftlich zuzehörenden Anteil an dem Ertrage der Produktion zu gewähren. Er nützt sich dadurch nur selbst. Denn wenn der Abstand zwischen Angebot und Nachfrage noch unüberbrückbar wird, so verliert das Kapital den größten Markt, den es in allen Ländern hat, nämlich den Innenmarkt und sagt dadurch nicht nur den Akt ab, auf dem es lebt, sondern gleich den ganzen Baum. Die Absatzmöglichkeiten sind beschränkt und eingeengt, darum muß das Kapital einer jeden Volkswirtschaft dafür

sorgen, daß es sich diesen Binnenmarkt nicht auch noch verschließt, daß die Kaufkraft der Massen nicht ganz versiegt.

Lebensmittel dreimal höher als der Dollar.

In den Großstädten stehen nach einer über die Markterhältnisse von Dienstag, den 30. Oktober, aufgestellten Statistik die Lebensmittelpreise auf einer Höhe, die das Dreifache des Goldkurzes des Dollars vom gleichen Tage oder mehr ausmacht. In mittleren Städten und erst recht in den Industriebezirken ist die Sachlage die gleiche. Nur etwa Auslandslebensmittel haben noch eine vernünftige Kalkulation nach den tatsächlichen Verhältnissen, alles, was vom Inlande kommt, ist um das Vielfache übersteuert. Das solche Erscheinungen nur dazu geeignet sind, jede Gefundung unserer Wirtschaft zu unterbinden und direkt staats- und volksfeindlich zu wirken, ist selbstverständlich. Da vom gütlichen Warten keine Aussicht nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten ist, ist es Pflicht jeder Behörde und jeder Regierungsgewalt, hier so bald als möglich mit stärksten Maßnahmen einzugreifen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Einheitsfront der Beamten?

In einer Sitzung der fünf Beamtenorganisationen wurde von dem Deutschen Beamtenbund, dem Sozialistischen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem Gewerkschaftsring eine Front der Beamten gegen die angekündigten Regierungsmaßnahmen aufgestellt. Die Einheitsfront ist unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel gedacht. Der Gesamtverband Deutscher Beamten (Christlichnational) und der Reichsbund der höheren Beamten wurden aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen, weil sie es ablehnten, eine Streikpflicht anzuerkennen und sich an Aktionen zu beteiligen, die sie als eine Gefährdung des Berufsbeamtentums ansehen.

Sparsamkeit bei Dienststreifen.

Der preussische Justizminister macht in einer allgemeinen Verfügung den Vorständen der Behörden zur Pflicht, ihr sorgfältigstes Augenmerk darauf zu richten, daß bei der überaus ersetzten Finanzlage des Staates jede nur irgend vermeidbare Dienststreife unterbleibt. Ebenso ist darüber zu wachen, daß die Dienststreifen, soweit sie unbedingt ausgeführt werden müssen, in ihrer Dauer auf die zur notwendigen Erledigung des Dienstgeschäftes und zur Ausführung der Reize erforderliche Zeit beschränkt werden.

Aktionen Ausschüsse in Württemberg verboten.

Der Militärbefehlshaber verbietet die Bildung von Aktionsausschüssen, die den gewalttätigen Sturz der Regierung herbeiführen wollen. Etwa bestehende betrieblige Aktionsausschüsse sind aufgelöst. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Außerdem sind Zuwiderhandelnde in Schutzhaft zu nehmen.

Wiederaustragen der Kontrollkommission.

Die französisch-österreichische „Agence Havas“ meldet, die Völkervereinigung habe beschlossen, der deutschen Regierung eine Note zugehen zu lassen, in der sie auf die Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle drängt. Die Konferenz habe ferner beschlossen, die Geschäfte der Militärkommission der Kontrollkommissionen in Deutschland einer Revision zu unterziehen und hierbei der Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Deutschland Rechnung zu tragen.

Belgien.

× Belgische Arbeiterpartei gegen Separatistenunterstützung. Der Generalkongress der belgischen Sozialistischen Partei hat folgende Resolution angenommen: Der Generalkongress der belgischen Arbeiterpartei verlangt eine sofortige Untersuchung über das Verhalten des belgischen Militärs im Rheinland gegenüber der separatistischen Bewegung und protestiert gegen jeden Eingriff der belgischen Heeresleitung in die inneren deutschen Angelegenheiten.

Aus In- und Ausland.

Paris. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf sind seit dem 29. Oktober 298 neue Züge in Dienst gestellt worden. Zahlreiche Strecken im Ruhrgebiet seien wieder in Betrieb gesetzt worden.

Sofia. Der frühere Minister Genabiew ist beim Betreten seines Hauses ermordet worden. Der in seiner Begleitung befindliche frühere Gesandte in Berlin Gschow wurde schwer verletzt.

Konstantinopel. Ismet Pascha hat das Kabinett gebildet. Ismet übernimmt das Portefeuille für Auswärtiges, Finanzminister wird Hassan Fehmi Bey, Wirtschaftsminister Hassan Bey, Kriegsminister Kiam Bey und Justizminister Sed Bey.

Moskau. In den Petersburger Sowjet wurden 1357 Kommunisten und 204 Parteilose gewählt.

Bayerns Standpunkt.

Nach amtlicher Münchener Mitteilung.

Der bayerische Ministerrat hat sich mit der von der Reichsregierung an die bayerische Regierung gerichteten Frage beschäftigt, ob sie bereit sei, in kürzester Zeit die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr wiederherzustellen. Die bayerische Staatsregierung hat am 22. Oktober den bayerischen Teil der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen dem Reich und Bayern als Treuhänderin des deutschen Volkes verpflichtet. Diese Maßnahme ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgt, der dadurch geschaffene Zustand ist daher also verfassungsmäßig. Die Veranlassung dazu bildete der neuerliche Einmarsch in die

bayerischen Hoheitsrechte, er hat die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen Reich und den Ländern aufgerollt. In erster Linie muß diese Frage im Interesse des Reiches und der Länder für die Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr das friedliche Leben des Reiches und der Länder erschüttert haben.

Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Änderung im Oberbefehl des bayerischen Teiles der Reichswehr untragbar wäre. Die Fassung der der Reichsregierung zu erteilenden Antwort bleibt weiteren Beratungen vorbehalten.

Veranlaßt durch die Gerichte von einer Kabinettsbildung in Berlin haben die vaterländischen Verbände Bayerns in einem Telegramm an den Reichsverband folgende Stellungnahme kundgegeben: Die Vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns sehen die Voraussetzungen für die Lösung der deutschen Frage nur in einer rein völkischen und nationalen Diktatur. Eine Reichsdiktatur, die sich auf General Seeger stützt, gibt diese Gewähr nicht.

Bereitschaft zu Verhandlungen.

Der bayerische Gesandte Dr. v. Preger ist wieder in Berlin eingetroffen. Er wird dem Reichskanzler Vortrag über die Stellung der bayerischen Regierung halten. Dabei wird er die Verhandlungsbereitschaft seiner Regierung betonen, wenngleich Bayern in der Personenfrage unbedingt auf seinem Standpunkt beharrt.

Die Reparationen.

Amerika soll präsidieren.

Der englische Außenminister Curzon hat dem amerikanischen Botschafter mitgeteilt, daß die Alliierten einstimmig die Vereinigten Staaten ersuchen werden, den Vorsitzenden für einen Sachverständigenausschuß zu ernennen, der unter den von Poincaré vorgeschlagenen Bedingungen und im Auftrage der Reparationskommission Deutschlands Leistungsfähigkeit prüfen soll.

Ein Schritt vorwärts?

Da der amerikanische Präsident Coolidge erklärt hat, daß Frankreichs Vorschläge keine Ablehnung der amerikanischen Bedingungen darstellen und daß ein Sachverständigenausschuß der ganzen Welt einen ausföhrlichen Weg weisen werde, um die Reparationsfrage endgültig zu lösen, wird von englischer Seite vor dem Zusammentritt der Kommission kein diplomatischer Versuch mehr unternommen. Poincaré zur Änderung seiner Vorbehalte zu veranlassen. Poincaré hat dem englischen Standpunkt insoweit nachgegeben, als er mit der Ernennung des Amerikaners zum Vorsitzenden des Ausschusses einverstanden ist. Dadurch wird die Aufstellung eines Arbeitsplanes und des einschlägigen Verfahrens in die Hand einer sachverständigen Persönlichkeit gelegt, die nach englischer Ansicht dafür Sorge tragen wird, daß die Arbeiten der Kommission nicht völlig ergebnislos sein werden.

Vor einigen Tagen wurde aus New York mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten dem Londoner Kabinett eine Note in der Reparationsfrage zufließen würden. Man glaubt zu wissen, daß diese Note jetzt in London von dem amerikanischen Gesandten überreicht wurde, der bei dieser Gelegenheit mit Lord Curzon ein längeres Gespräch führte.

Dem Vernehmen nach wird der aus internationalen Sachverständigen zusammenberufene Prüfungsausschuß für die augenblickliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zunächst seine Tätigkeit in Paris, am Sitz der einladenden Reparationskommission, beginnen und dann in Berlin fortsetzen.

Das Bechenabkommen vor Abschluß?

Düsseldorf, 31. Oktober.

Französischerseits wird amtlich mitgeteilt: Die Vertreter des Vereins bergbaulicher Interessen, u. a. die Herren Stinnes, Klöpper, Böger, seien von neuem bei der Ingenieurmission erschienen, um die eingeleiteten Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit fortzusetzen. Im Laufe der Sitzung seien die technischen Modalitäten und die zu treffenden Abmachungen geprüft und festgelegt worden, darunter namentlich die Lieferung der Reparationskohle und die Entrichtung der Kohlensteuer für die Zeit seit dem 11. Januar wie auch für die kommenden Monate, die Behandlung der Ausfuhr und des Verandes nach dem unbefehlten Deutschland. Der Meinungsaustausch über die verschiedenen Punkte gestalte es, mit der Möglichkeit einer befriedigenden Regelung in naher Zukunft zu rechnen.

England will keine Rheinrepublik.

Protest in Paris und Brüssel.

Die britische Regierung hat in offizieller Weise in Paris und Brüssel zu wissen getan, daß sie mit der Begünstigung der Separatistenbewegung im Rheinland durch ihre Alliierten keinesfalls einverstanden ist.

Die britische Regierung hat ihre Botschafter in Paris und Brüssel beauftragt, der französischen und der belgischen Regierung mitzuteilen, daß sie die Legalität der „provisorischen rheinischen Regierung“, der die Dörren und Matthes angehören, nicht anerkennen, und daß sie sich jedem Versuch, den separatistischen Aufstand in die britische Zone von Köln vorzutragen, widersetzen werde.

Ferner hat der britische Botschafter in Paris zum Ausdruck gebracht, daß die separatistische Bewegung nicht den Gefühlen der örtlichen Bevölkerung entspreche. Die britischen Botschafter hätten ferner die Haltung der Regierungen von Brüssel und Paris gegenüber den Separatisten kritisiert, die als eine Verletzung des Vertrages von Versailles bezeichnet werde.

Englische Anfrage an Poincaré.

Er soll klare Auskunft geben.

In der Montags-Kabinettsitzung, die sich mit dem Text der französischen Note über die Sachverständigenkommission beschäftigte, hat die Mehrheit die Ansicht ausgedrückt, diese Frage könne nicht weiter diskutiert werden, wenn Poincaré nicht auf einen Teil seiner Einschränkungen verzichte. Man beschloß, von der französischen Regierung sofort folgende Aufklärungen zu verlangen:

1. An welchem Tage könnte die Sachverständigenkommission ihre Beratungen beginnen?

2. Welche Mächte sollen eingeladen werden, Delegierte zur Sachverständigenkommission zu entsenden? Sollen auch neutrale Staaten eingeladen werden?

3. Werden die Sachverständigen von den Regierungen oder von der Reparationskommission ernannt werden?

Die Regierung hofft, umgehend Nachricht aus Paris zu erhalten, um über die tatsächlichen Absichten Poincarés endlich unterrichtet zu sein.

Entlassung der Ruhrgefangenen.

Mit der Ausführung begonnen.

In Frankreich scheint man gesonnen zu sein, die während des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet aus diesem Grunde inhaftierten oder verurteilten Deutschen nunmehr freizugeben. Außer Herrn v. Rupprecht und seinen Mitdirektoren sind noch andere führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens freigelassen worden. Dann kommen Beamte in Betracht, in erster Linie wohl die Bürgermeister und Beigeordneten. Sämtliche Fälle der großen Masse der übrigen Verurteilten werden ebenso wie die, für welche ein Grund zur Bevorzugung vom französischen Standpunkt aus vorliegt, einzeln geprüft werden. Gesuche um die Erlaubnis zur vorläufigen Rückkehr für in Abwesenheit verurteilte sollen berücksichtigt werden. Für Verurteilungen durch das Militärgericht ist anscheinend der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppe, General Degoutte, für Kriegsgerichtsfälle Poincaré zuständig. Die Durchsicht der Akten hat bereits begonnen.

„Armes Rheinland!“

Holländische Stimme der Wahrheit.

Das „Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ schreibt: Wer seinerzeit den Anschlag der Polen und Franzosen in Oberschlesien miterlebte und geglaubt hat, daß damit der Gipfelpunkt militärischer und politischer Hinterhältigkeiten erreicht worden ist, der muß einsehen, daß der oberschlesische Reform im Rheinland übertroffen worden ist. Was Deutschland und Flandern angeht, so wird im Rheinland noch viel Schlimmeres geleistet. In Aachen und anderen Städten ist es heute bereits der Bevölkerung unmöglich, ihre Antwort auf den Ruf zu geben. Morgen wird es wahrscheinlich im ganzen Rheinland ebenso sein. Wie kann eine Bevölkerung ihre Stimme erheben, deren Presse verboten ist, die keine Versammlungen und Kundgebungen veranstalten darf, die mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben tyrannisiert wird. Obwohl die „Leutnants“, die den Rufschrei organisiert haben, das überwältigende Nein der deutschen Bevölkerung gehört haben, zwingt man die Separatisten, soweit sie nicht totgeschlagen, durchgeprügelt oder in die Flucht geschlagen waren, standzuhalten, da man sich offenbar schäme, dieses Gesindel erforderlichenfalls offiziell zu schütten und zu unterstützen. Gegen die Gummiknüppel, Gewehrkolben und Bajonette kann der Rheinländer vorläufig natürlich nichts tun. Armes Rheinland, armes Europa, in dem dergleichen Ungerechtigkeiten möglich geworden sind, in dem man ein paar Schieber und Zuchthaussträflinge unterstützt, einige junge „Leutnants“ Weltpolitik machen läßt.

Neue Vorschriften über Betriebsstilllegungen.

Berlin, 31. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt, daß durch die neuen Bestim-

Mittagsonne.

Roman von Wolf vom Rosenegg.

7) Nachdruck verboten.

„Ach ja, jetzt erinnere ich mich“, rief Gräfin Martha, „gewiß, Fräulein Parth ist Ihres Nachfolgers Gattin geworden. Doch geht es mir wie Ihnen: auch ich weiß nichts mehr von Schwandach. Meine Eltern sind schon lange tot, Geschäft und Haus längst in fremden Händen, und seitdem war ich nie mehr dort.“

Hans Reichmann erhob sich.

„Verzeihen Sie, Frau Gräfin, die Ordinationsstunde für die Kurgäste ruft mich. Ich werde täglich um diese Stunde und auch einmal noch gegen Abend vorsprechen; im übrigen weiß die Pflegerin Bescheid.“

Gräfin Martha reichte dem Arzt die Hand, dabei traf ihn ihr voller, heißer Blick.

„Auf Wiedersehen, Herr Doktor! Ich hoffe, wir werden gute Freunde werden.“

Kaum hatte der Arzt das Zimmer verlassen, da erhob sich die Gräfin Martha und trat an eines der Fenster. Mit einem seltsam starren und doch auch weichen Ausdruck folgte ihr Blick der hohen, kraftvollen Gestalt, die nach links und rechts grüßend, mit dem ruhigen, gleichmäßigen Schritte des Mannes, der sich seines Wertes bewußt ist, die Straße hinunterging.

Hans Reichmann aber mußte über die ebenso unerwartete, wie überraschende Begegnung nachdenken. Das eine hatte er damals schon erkannt, daß in Martha Großmeister ein glühender Ehrgeiz brannte, aus den Kleinbürgerlichen Verhältnissen, in denen sie geboren und aufgewachsen war, herauszukommen. Nun war sie gar Gräfin geworden. Freilich hatte sie, um dieses Ziel zu erreichen, nicht wäherlich sein dürfen.

Hans Reichmann begriff die sogenannte Verstandes- oder Vernunftfeind, diese intellektuellen Bindnisse aber hatte er stets scharf verurteilt. Sie waren soweit von dem Begriffe Ehe entfernt, daß man sie nur ein Geschäft, und zwar kein besonders reines, nennen konnte. Gräfin Marthas Spekulation sollte sich freilich als richtig erweisen; nicht lange mehr

würden der Verordnung vom 23. Oktober 1923 dem Demobilisationskommissar auf dem wichtigen Gebiete der Stilllegungen eine größere Verantwortung erwächst. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat daher in einem Erlaß an die Demobilisationskommissare die Gesichtspunkte für Betriebsstilllegungen und Arbeitsstreckung zusammengefaßt.

Hiernach sind alle auf Grund der Stilllegungsverordnung erfolgenden Anzeigen und Anträge mit besonderer Beschleunigung zu behandeln. Die allgemeine Übertragung der Entscheidungen aus der Stilllegungsverordnung — z. B. Genehmigung zur Entlassung von Arbeitnehmern vor Ablauf der Sperrfrist, Anordnung einer Arbeitsstreckung usw. — durch den Demobilisationskommissar auf die Gewerbeaufsichtsbeamten (Vergewerkschaften) ist nicht zulässig, abgesehen von einzelnen Ausnahmefällen, wenn sie dringend sind. Die Betriebsverteilungen sind unter allen Umständen zu den Verhandlungen, und zwar vor Fällung einer etwaigen Entscheidung, heranzuziehen. Den Gewerkschaften ist in allen Fällen von Betriebsstilllegungen durch rechtzeitige Benachrichtigung Gelegenheit zu geben, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Das neue sächsische Kabinett.

Ministerpräsident Fellsch.

In einer durch Vertagung unterbrochenen Nachsitzung wurde nach langen Verhandlungen der Parteien untereinander der an die Stelle Dr. Zeigners tretende neue Ministerpräsident gewählt, und zwar mit 46 Stimmen gegen 18 Stimmen. Die Liste der Kabinettsmitglieder ist:

Fellsch: Ministerpräsident; Gelsb: Finanzminister; Krachig: Wirtschaftsminister; Keil: Justizminister; Fleißner: Kultusminister; Graupe: Arbeitsminister; Liebmann: Inneres. Das Kabinett besteht nur aus Sozialdemokraten.

Im Hause waren anwesend 71 Abgeordnete, die Deutschnationalen verließen vor der Abstimmung den Saal, die Kommunisten enthielten sich der Abstimmung. 18 Stimmen der Deutschen Volkspartei entfielen auf den Volkspartei-Kaiser. Sozialdemokraten und Demokraten stimmten für Fellsch. Die Demokraten hatten vorher eine entsprechende Erklärung abgegeben. Das Haus wurde dann auf den 6. November vertagt.

Dem Vernehmen nach ist der Reichskommissar Dr. Heinze nach Berlin gereist, um mit dem Reichskanzler wegen der formalen Lösung der sächsischen Krise zu verhandeln.

Ebert soll aus der sozialdemokratischen Partei austreten.

Die Berliner Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei nahmen in ihrer letzten Sitzung zu den Vorgängen in Sachsen Stellung. Die Debatte endete mit einer Resolution, in der das Vorgehen der Reichsregierung in Sachsen verurteilt und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufgefordert wird, die sozialistischen Minister aus der Koalitionsregierung abzurufen. Ein weiterer Antrag, der gegen eine starke Minderheit angenommen wurde, verlangt den sofortigen Ausschluss des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt.

Ermäßigte Bahntarife für Lebensmittel.

Herabsetzung um 30 %.

Um dem wirtschaftlichen Leben Zeit zu lassen, sich auf die Goldwährung umzustellen, führt die Reichsbahn vom 1. November ab einen Vortarif für Lebensmittel ein. Die jeweils gültigen Frachttarife der regelfreien Tarifklasse und der Ausnahmestufen werden für die folgenden Lebensmittel um 30 % ermäßigt werden: 1. Getreide und Hülsenfrüchte, 2. Mählenerzeugnisse, 3. Teigwaren, trockene Suppen u. dgl., 4. frische Feld- und Gartenfrüchte der Klasse C und E, 5. frische Mohrrüben und frische Kohlrüben der Klasse C und E, 6. Seefische usw. des Ausnahmestarfs, 7. Milch des Ausnahmestarfs, 8. Butter, Butterfett, Margarine, Fett aus pflanzlichen und tierischen Stoffen der Klasse D zur menschlichen Ernährung, 9. Käse und Quark. — Da vom 1. November ab auch für Güter Goldmarktarife in Kraft treten, bedeutet die Maßnahme natürlich keine Ermäßigung gegenüber den bisherigen Tarifen.

würde sie die Fessel, die sie mit Gold und neunzigjähriger Krone übernommen hatte, zu tragen haben. — — —

Zweimal am Tage besuchte in der kommenden Zeit Hans Reichmann seinen Patienten in der Pension „Viktoria“. Er konnte dem Grafen wohl ein bißchen Linderung verschaffen, im übrigen aber nicht viel helfen.

Gräfin Martha war immer da, wenn er kam. Hatte er seinen Besuch beim Grafen beendet und der Pflegerin die nötigen Anweisungen bis zu seinem Wiederkommen erteilt, dann saß er regelmäßig noch eine Viertelstunde, oft auch länger, im Salon und plauderte mit der schönen Frau. „Immer mußte Hans Reichmann kommen, wie sicher Martha Großmann auf einem Besuche stand, auf dem so manche ihrer Schwelgern, mochte sie auch aus besserem Hause stammen, eine fast lächerliche Rolle gespielt hätte.“

Was einst der Bäderstochter nicht glückte, gelang jetzt der Gräfin. Nicht aber wegen des Standesunterschiedes von damals und heute, als vielmehr wegen der Veränderung im Wesen Martha Großmeisters. Damals hatte das Gemachte, das Auffallende an ihr, ihre Gefühlsucht Hans Reichmann abgestoßen; heute fand er ihr gegenüber, der es nicht an Verehrern fehlte, die ohne ihr Zutun bewundert wurde und nicht wie einst, bewundert sein wollte.

Das schöne Weib zog Hans Reichmann in seinen Pann. Immer tiefer verstrickte er sich in Gräfin Marthas Netze und merkte es erst, als schon fast zu spät war, sich loszumachen. Doch hatte er gar nicht die Absicht, dies zu tun. Immer länger dehnte er seine Besuche aus, immer regelmäßiger erschien er bei den Promenadenkonzerten oder auf Spaziergängen, auf denen er Gräfin Martha zu treffen hoffte. Ein eigenes Gefühl, das er sich lange nicht erklären konnte, das aber nichts anderes war als die Eifersucht, bemächtigte sich seiner, wenn er Gräfin Martha inmitten ihrer Bewunderer und Verehrer antraf. Meist war sie, wenn sie in der Öffentlichkeit erschien, von einem Schwarme von jüngeren und älteren Herren umgeben und nahm mit einer ruhigen Selbstverständlichkeit deren Huldigungen an. Stets aber rief sie Hans Reichmann, wenn er auftauchte, zu sich, stellte ihn den anderen vor, und bevorzugte ihn in einer Weise, daß es auffallen mußte. Und das gewährte dem sonst so ernsten und gerade diesen Kreisen in die er nun durch die Gräfin hineinkam, abholden Mann eine wirkliche Befriedigung. Es war überhaupt wie ein Raub über ihn gekommen: ein Raub der Leidenschaft, die

Abbau der Kohlenverteilung.

Bis Ende des Jahres.

Der vor einiger Zeit schon ausgearbeitete Plan zum Abbau der behördlichen Kohlenverteilung soll jetzt zur Ausführung gebracht werden. Damit kommen eine ganze Reihe von Einrichtungen in Fortfall, die bis jetzt als notwendig angesehen wurden, so die Meldekarte der industriellen Verbraucher. Für den Monat Dezember ist die Meldekarte nur noch in einfacher Ausfertigung an die zuständige Kohlenwirtschafts- oder Landeskohlenstelle einzusenden. Mit Ablauf des Jahres kommt die Meldekarte völlig in Fortfall.

Ferner fällt fort der Reichshausbrandbezugschein und die Einzelbewirtschaftung. Der Reichskohlenkommissar wird sich in Zukunft im wesentlichen darauf beschränken, durch Einwirkung auf die Produktion und den Handel die Kohlenverteilung in großen Zügen im allgemeinen Interesse zu beeinflussen und in dringenden Fällen Ausschüssen zu veranlassen.

Abgebaut werden auch die amtlichen Verteilungssstellen und der weitaus größte Teil der Organisation des Reichskohlenkommissars selbst.

Der Abbau der Kohlenwirtschaftlichen und Landeskohlenstellen, die eine Einrichtung der Länder darstellen, und der von den Kommunalverwaltungen eingesetzten Orts- und Kreisstellen ist Aufgabe der Länder oder Kommunalverwaltungen, die zum Teil ebenfalls ihre Absicht des baldigen völligen Abbaus ausgesprochen haben.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 2. November 1923.

□ Rückfahrkarten für reisende Ferienkinder. Bei den häufigen Erhöhungen der Eisenbahnfahrpreise war es nicht möglich, die Fahrpreise für die vom Verein „Stadtkinder auf's Land“ zur Erholung aufs Land entsandten Stadtkinder bei der Hinfahrt auch gleich für die Rückfahrt zu berechnen. Die Vereine waren dann häufig nicht in der Lage, die inzwischen stark erhöhten Rückfahrtskosten aufzubringen, so daß der Fortbestand des Hilfswerks in erste Gefahr geriet. Die Klagen sind der Reichsbahnverwaltung vorgebracht worden, und der Reichsverkehrsminister hat nunmehr entschieden, daß bis auf weiteres an die Kinder und ihre Begleiter wieder Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt unter Berechnung auch der Rückfahrtspreise nach den für die Hinfahrt geltenden Tarifen ausgegeben werden. Wenn die Hinfahrt am Tage nach einer Tarifserhöhung angetreten, der Fahrchein jedoch vorher gelöst wird, sind die Fahrkosten für Hin- und Rückfahrt noch nach den am Lösungstage geltenden Sätzen zu berechnen.

□ Kein Lebensmittelabmeldechein mehr bei Wohnstättewechsel. Durch das Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923 sind die Brotkarten mit dem 15. Oktober 1923 in Wegfall gekommen. Da auch Zuckerkarten im nächsten Wirtschaftsjahr nicht mehr zur Ausgabe gelangen, so erübrigt sich die jeweilige Ermittlung des Personenstandes zum Zwecke der Lebensmittelversorgung. Die Verordnung über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung wird daher mit dem 1. Dezember 1923 außer Kraft gesetzt. Damit kommt die Verpflichtung zur Ausstellung von Lebensmittelabmeldecheinen bei Wohnstättewechsel und längeren Reisen usw. in Wegfall.

□ Ein Telephonausdruck 1 1/2 Milliarden. Durch die Reichspostverwaltung werden jetzt die Sätze bekannt gegeben, die ab 1. November im Telephon- und Telegrammverkehr Geltung haben. Für den Fernsprechkverkehr ist folgender Tarif vorgegeben: Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 1500 Millionen Mark. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 20 Ortsgespräche, mit mehr als 50 bis einschl. 1000 Hauptanschlüssen 30 Ortsgespräche, mit mehr als 1000 bis einschl. 10000 Hauptanschlüssen 40 Ortsgespräche, mit mehr als 10000 Hauptanschlüssen 50 Ortsgespräche. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben, bei einer Entfernung von 5 Kilometern einschl. 1500 Millionen Mark, von mehr als 5 Kilometern bis zu 15 Kilometern 3000 Millionen Mark, von mehr als 15 Kilometern bis zu 25 Kilometern 4500 Millionen Mark usw. Für dringende Gespräche das Dreifache, für Blizzgespräche das Hundertfache der einfachen Gesprächsgebühr. — Im

in mächtigen Flammen in ihm emporloderte. Stare war tot, Elstriebe ihm für immer verloren, warum sollte er ewig trauern und düstern. Noch pulste gesundes, warmes Blut in seinen Adern, warum sollte er das Leben nicht auch einmal genießen; genießen, wie es Tausende genießen, skrupellos. Warum sollte man sich nicht auch einmal über altväterliche und längst aus der Mode gekommene Bedenken hinwegsetzen können. So fana das brausende Leben in Hans Reichmann sein verbendes Lied.

Wenn sich Hans Reichmann solchen Gedanken hingab, dann kam immer wieder ein großes Staunen über ihn, so merkwürdig verwandelt und verändert in seinem Sinnen und Denken fühlte er sich.

Gräfin Martha aber frohlockte im Innern. Sie sah mit größter Genugung ihre Macht über den Mann, der sie einst verschmähte, den sie aber heute noch liebte, wachsen. Schon einmal hatte sie, in der heißen Angst, ihn zu verlieren, in sein Leben eingegriffen, und war in dem Mittel nicht wäherlich gewesen, da der Zweck es heiligte, freilich mit wenig Glück, denn sie erreichte das Gegenteil von dem, was sie hatte erreichen wollen. Die eine, die sie als Rivalin fürchtete, ging ihm freilich verloren, dafür gewann ihn die andere, die sie für seine Schwester gehalten hatte. Nun war ihre Zeit gekommen.

Gräfin Martha war sich ihrer Schönheit bewußt; in der raffiniertesten und doch scheinbar so einfachen Weise brachte sie diese zur Geltung. Durch sie hatte sie schon viele Triumphe gefeiert, seitdem sie als Gesellschaftsdame einer älteren, feinen Witwe in die Kreise der großen Welt hineingekommen war, den größten wohl, als sie der polnische Magnat, mit dem sie in einem Hotel in Venedig am Genfer See, wo sie mit ihrer Dame mehrere Wochen weilte, bekannt wurde, um ihre Hand bat. Sie überlegte damals keinen Augenblick, und schon sechs Wochen später war sie Gräfin Merinck. Gleichsam über Nacht war aus dem Dienstboten ein Mitglied der Gesellschaft geworden. Sie konnte es leicht überwinden, daß sie von vielen ihrer neuen Standesgenossen nicht für voll und ebenbürtig angesehen wurde; sie war, dank ihrer Schönheit, bald trotzdem der Mittelpunkt eines großen, eleganten Kreises von Menschen, die nur das schrankenlos Genießen tennen und lieben. Nun sah sie auch den Mann ihrer verführerischen Schönheit erliegen, der einst ihre krügerische Hoffnung gewesen war. —

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Jahre Gefängnis für Anspach. Im Prozeß gegen den Dokumentenfälscher Erich Anspach wurde, wie aus Berlin berichtet wird, das Urteil gefällt. Es lautete auf drei Jahre Gefängnis; ein Jahr und sechs Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden angerechnet. Das Gericht hat es als erwiesen erachtet, daß sich Anspach des Vergehens gegen den § 6 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse schuldig gemacht hat, indem er zu Personen, die im Interesse ausländischer Mächte tätig waren, in Beziehungen getreten ist. — Wie verlautet, soll gegen das Urteil von der Verteidigung Revision eingelegt werden.

Ein Landesverräter vor dem Reichsgericht. Der pensionierte Obergüterverwalter Suehring aus Düsseldorf hatte sich vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Am 12. Dezember hatte Suehring von einem französischen Kriminalisten den Auftrag erhalten, in das Ruhrgebiet zu fahren und Erfindungen darüber anzuziehen, wie sich die Bergarbeiter zum bevorstehenden Einmarsch der Franzosen verhielten. Diesen Bericht hat Suehring auch geliefert und darin geheimzuhaltende Vorgänge geschildert. 2000 Mark und 700 Mark Spesen erhielt der Verräter als Lohn. Das Urteil des Reichsgerichts lautete auf 5 Jahre Zuchthaus.

§ Todesurteil. Das Schwurgericht Hannover verurteilte den 1897 geborenen Italiener Fritz Reefe wegen Mordes zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Angeklagte hatte am 2. Februar d. J. zu Esbeck seine frühere Geliebte, das Dienstmädchen Emma Deutschmann, um sich den Unterhaltspflichten für sie und ihr Kind zu entziehen, erwidert und in einem Schuppen aufgehängt, um den Ansehen zu erweisen, daß sie sich selbst das Leben genommen habe.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. Das Autorennen der Damen. Die Wiener motor-sportliche Herrenfahrervereinigung veranstaltete dieser Tage ein „Autorennen der Damen“, das zu einer Sensation ersten Ranges wurde. Mit 65 Rennerinnen ist es zum größten Rennen seiner Art in der ganzen Welt geworden, und wenn auch schließlich nur 51 Damen beim Start er-

schienen, so übertraf die Teilnehmerzahl noch immer weit aus die Zahl der Starterinnen am bisher bedeutendsten Damenrennen in Newport, das bloß 25 Fahrerinnen beim Wettbewerb sah.

Börse und Handel.

An tausend Mark Was kosten fremde Werte? An tausend Mark

Börsenplätze	31. 10.		30. 10.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	28 327 000	28 471 000	25 137 000	25 263 000
Dänemark 1 Kr.	12 596 000	12 631 000	11 172 000	11 228 000
Schweden 1 Kr.	19 152 000	19 248 000	16 957 000	17 043 000
Norwegen 1 Kr.	11 171 000	11 228 000	9 975 000	10 250 000
Amerika 1 Doll.	72 319 000	72 681 000	64 838 000	65 162 000
England 1 Pfd.	32 418 000	32 581 200	28 927 500	29 072 500
Schweiz 1 Fr.	12 868 000	12 932 000	11 571 000	11 629 000
Frankreich 1 Fr.	4 269 000	4 291 000	3 791 000	3 809 000
Belgien 1 Fr.	3 651 000	3 669 000	3 182 000	3 147 000
Italien 1 Lira	3 252 000	3 268 000	2 913 000	2 927 000
Tschechien 1 Kr.	2 115 000	2 125 000	1 895 000	1 905 000
Österr. 1000 Kr.	1 017 000	1 023 000	918 000	922 000
Ungarn 1000 Kr.	8 930 000	8 950 000	8 491 000	8 509 000

Eine Goldmark = 17,261 Milliarden Papiermark, demnach 1 Milliarde Papiermark etwa 6 Goldpfennige.

Deutsche Werte am 31. Oktober:

Dollarschuldanweisungen (keine amtliche Notierung, gestriger Kurs) 80 Milliarden
Goldanleihe 72,5 Milliarden

* **Produktenmarkt.** Berlin, 31. Oktober. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin für Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm (sonst pro 100 Kilogramm). In Goldmark (4,20 Goldmark gleich 1 Dollar Goldanleihe). Weizen märktischer 173—176,25. Steigend. Roggen märktischer 167—168. Steigend. Gerste, Sommergerste, 158—159,50. Steigend. Hafer märktischer 132—134. Steigend. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Notiz) 26—28,75. Steigend. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 26—28,75. Steigend. Weizenkleie frei Berlin 7,60—8,10. Steigend. Roggenkleie frei

Berlin 7,60—8,10. Steigend. Naps 250—252. Steigend. Viktoriarbisen 38—42. Keine Speiserbisen 35—38. Napskuchen 10,90—10,95. Torfmehl 30—70 5,50—5,70.

* **Rauhputz.** Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhputz (nichtamtlich). Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märktischer Station für den Berliner Markt (in Millionen Mark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 13 000 bis 15 000, desgl. Haferstroh 12 000—14 000, desgl. Gerstenstroh 11 000—13 000, Roggenlangstroh 11 000—12 000, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 10 500—11 500, loses Krummstroh 9000—10 000, Häcksel 25 000—26 000, handelsübli. Heu 8000 bis 11 000, gutes Heu 11 000—15 000.

* **Unveränderte Wertbasis der preussischen Kalkwertanleihe.** Da der Reichskassirer von einer Änderung der Kalkpreise für diese Woche abgesehen hat, bleibt die Wertbasis der preussischen Kalkwertanleihe 7,82 Goldmark pro 100 Kilogramm. Bei dem Dollarkurs von 65 Milliarden (Goldmark gleich 15 476 Millionen) stellt sich der innere Wert der Kalkwertanleihe auf 120 Milliarden Mark.

* **Einheitskurs der Goldanleihe für alle Reichsstädte.** Bei den Postämtern wird als Umrechnungskurs für die Goldanleihe die Summe von 63 Milliarden angewandt, während der amtliche Kurs bereits 72 beträgt. Das hat zu Unzuträglichkeiten geführt. In aller kürzester Frist wird aber eine neue Regelung erfolgen. Es ist zu erwarten, daß noch in dieser Woche vom Reichsfinanzministerium grundlegende Einheitsanordnungen für alle Kassen des Reiches ergehen. Ob man als Kurs den Mittelskurs oder den Briefkurs der Berliner Börse nehmen wird, ist noch Gegenstand der Verhandlungen.

Bezugsbedingungen.

Ein anderer als monatlicher Bezug wird nicht gewährt. Die monatlichen Bezüge verpflichten sich, bei der Bestellung des Abonnements die während der einmonatlichen Bezugszeit notwendigen Preiserhöhungen zu bezahlen.

Berlin, 1. Nov. An der heutigen Börse notierte der Dollar 130 000 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Nachruf!



Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied am 30. Oktober der

Werkzeugschlosser

Franz Feldmann

im Alter von 17 Jahren.

Durch Treue und Fleiß hat sich der Verstorbene bei uns ein stetes Andenken erworben.

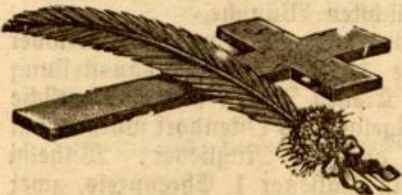
Die Inhaber, Angestellten und Arbeiter der Firma Gebr. Jaeger, Schalksmühle i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgehe unseres lieben Töchterchens sagen wir allen unsern innigsten Dank.
Grünenbaum.

Familie Aug. Clever.

Statt besonderer Anzeige.



Gestern Abend gegen 9 1/2 Uhr wurde infolge eines Unglücksfalles mein innigstgeliebter Mann, der treusorgende Vater unserer Kinder, der

Fabrikant

Walter Kaiser

im 46. Lebensjahre jäh und unerwartet von meiner Seite gerissen.

In tiefer Trauer namens der Hinterbliebenen:

Trude Kaiser geb. Falkenroth
nebst 2 Kindern.

Schalksmühle, den 30. Oktober 1923.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, in Schalksmühle vom Trauerhause aus. — Trauerfeier 1/2 Stunde vorher.

Von Beileidsbesuchen wird gebeten vorläufig Abstand zu nehmen.

Nachruf!



Am 29. ds. Mts. starb plötzlich und unerwartet infolge eines Unglücksfalles unser verehrter Chef, der

Fabrikbesitzer

Herr Walter Kaiser

im 46. Lebensjahre.

Voll tiefer Trauer stehen wir an der Bahre des im rüstigsten Mannesalter Verschiedenen, der uns nicht allein ein gerechter und gütiger Vorgesetzter, sondern auch ein treuer Freund und Berater war. Er hat stets mit besonderem Interesse unsere Wünsche und Bedürfnisse verfolgt und wo es nötig war, helfend eingegriffen.

Sein unermüdlicher Fleiß und seine Schaffensfreude werden uns ein Vorbild sein und dankbaren Herzens werden wir seiner dauernd gedenken.

Er ruhe in Frieden!

Schalksmühle, den 31. Oktober 1923.

Die Beamten und Arbeiter

der

Firma Kaiser & Spelsberg.

Nachruf!



Gestern Abend starb unerwartet infolge eines Unfalles mein Sozium, der Mitinhaber der Firma Kaiser & Spelsberg, Schalksmühle,

Herr Walter Kaiser

im Alter von 45 Jahren.

Tiefbewegt stehe ich so plötzlich an der Bahre meines langjährigen getreuen Mitarbeiters und lieben Freundes, dessen Fehlen in dem von uns gemeinsam gegründeten und aufgebauten Unternehmen, ganz besonders unter den Schwierigkeiten der heutigen Verhältnisse, für mich eine unersetzliche Lücke bedeutet.

Friede sei seiner Asche!

Schalksmühle, den 30. Oktober 1923.

E. Spelsberg.

Zu Goldmarkpreisen

liefert sofort und vorteilhaft: 1355

Leder

in Hälften, Croupon und Ausschnitt, Gummiabsätze, Sohlen u. Sohlenplatten „Continental“ u. „Mittelland“ Sohlennägel, Tackse und sämtl. Stifte, Stoß- und Absatzseisen Marke „Braja“, Hämmer, Zangen, Raspen, Dreifüße, Arbeitsständer, sowie alle anderen Werkzeuge, Schuheremen und Appreturen in allen Farben, Garne, Zwirne, Glaspapier, Oesen und Agraffen.

Turnschuhe

mit Gummi- und Chromledersohle :: in allen Größen und Farben. ::

Spezialität: fertige Kernlederabsätze.

Theod. Becker,

Spezialgeschäft und Versandhaus für alle Schuhmacher Bedarfsartikel,

Kierspe-Bahnhof i. W.

Hauptstr. Nr. 229.

Telefon: Amt Meinerzhagen Nr. 72.

Taschenlampen-Batterien

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Die Aufsichtsbehörde hat den V. Nachtrag zur Vergütungssteuer-Ordnung der Gemeinde Halver genehmigt. Der Nachtrag hängt 14 Tage lang an der Veröffentlichungsstelle im Amtshaus zur Einsichtnahme aus.

Halver, den 29. Oktober 1923
Der Amtmann.

Die Aufsichtsbehörde hat den IV. Nachtrag zur Vergütungssteuer-Ordnung der Gemeinde Schalksmühle genehmigt. Der Nachtrag hängt bei dem Gemeindevorsteher in Schalksmühle zur Einsichtnahme 14 Tage aus.

Halver, den 29. Oktober 1923
Der Amtmann.

Kaufe

la. Roggen

zu Tagespreisen

Ab. Rövenstrunk,
Halver.

Briefkastetten

mit und ohne Druck
empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Trauerbriefe

werden schnell und billig
.. angefertigt in der ..

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.

Mietzinssteigerung

nach dem Reichsmietengesetz.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 28. September ds. Jrs. treten ab 1. November folgende Mietzinssteigerungen in Kraft:

für Verwaltungskosten 2 020 000 000 %

für laufende Instandsetzungsarbeiten

18 480 000 000 %

für gewerbliche Räume erhöhen sich die Zuschläge für Verwaltungskosten und laufende Instandsetzungsarbeiten um weitere 25 %

Lüdenscheid, den 29. Oktober 1923.

Der Amtmann.

Milchverfandscheine

mit und ohne Namensdruck

— liefert schnell und billig —

Wilh. Bell jr., Halver.